

ANALYSE UND EMPFEHLUNGEN FÜR LÄNDER, DIE VENEZOLANISCHE GEFLÜCHTETE AUFNEHMEN

26.10.2023 von Hernández, Daniel

Mehr als 7,7 Millionen Venezolaner*innen mussten ihr Land verlassen, sind aber mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert, um ihren Status in den Aufnahmeländern zu legalisieren. Laut dem AI-Bericht "Regularize and Protect" haben alle venezolanischen geflüchteten Kinder und Frauen irgendeine Form von Gewalt erlebt.

Amnesty International sendete einen Live-Chat mit dem Titel **"Wie können venezolanische Migrant*innen in Nord- und Südamerika reguliert und geschützt werden?"** mit **Ana Piquer**, Direktorin von Amnesty International für Nord- und Südamerika, und **Felipe González**, UN-Sonderberichterstatter für Migrant*innen. Sehen Sie das vollständige Gespräch hier: **Ve el conversatorio completo aquí**

Piquer begann die Diskussion mit der Feststellung, dass die menschliche Mobilität in Venezuela "in der Region noch nie dagewesen ist" und dass 7,7 Millionen Menschen das Land verlassen mussten, was bedeutet, dass einer von vier Menschen auf der Suche nach Schutz für sein Leben und seine Rechte geflohen ist.

Sie stellte klar, dass es in Nord- und Südamerika eine erweiterte Definition des Begriffs "Geflüchtete*r" gibt, die sich aus der Erklärung von Cartagena ergibt, in der anerkannt wird, dass diejenigen, die vor massiven Menschenrechtsverletzungen fliehen, Geflüchtete sind, die internationalen Schutz benötigen.

"Siebzig Prozent aller Venezolaner*innen halten sich in Kolumbien, Peru, Ecuador und Chile auf", sagte Piquer, "und **keines dieser Länder war bereit oder in der Lage, diesen Schutz zu gewähren, wie er in der Erklärung von Cartagena oder in ihren eigenen Gesetzen vorgesehen ist.**"

Nach Recherchen von Amnesty International sind Frauen, Mädchen und die LGBTIQ+-Bevölkerung von diesem mangelnden Schutz unverhältnismäßig stark betroffen", so Piquer. Sie betonte, dass diese Situation seit mehreren Jahren zu beobachten sei und "keine Anzeichen einer Verbesserung" zeige.

González wies seinerseits darauf hin, dass die Berichterstattergruppe dem Menschenrechtsrat einen Bericht über die Regularisierung der Migration vorgelegt hat, in dem die Staaten aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, um den Status der irregulären Migration weltweit zu verhindern.

Der Bericht, der dem Menschenrechtsrat vorgelegt wurde, deckt sich mit dem von Amnesty International in dem Punkt, dass der extrem niedrige Anteil von Venezolaner*innen, die Zuflucht gefunden haben, weder mit der Situation in Venezuela noch mit den Behauptungen der Regierungen der Region selbst übereinstimmt. "Es ist sehr wichtig, dass verschiedene Wege des internationalen Schutzes geprüft werden, die eine kollektive Lösung in dieser Hinsicht ermöglichen könnten, und nicht nur eine individuelle Analyse, die zu keinen wirksamen Ergebnissen geführt hat", betonte González.

Piquer führte weiter aus, dass die von Kolumbien, Peru, Ecuador und Chile ergriffenen Maßnahmen nicht den internationalen Schutzstandards entsprechen, da sie gemäß der Erklärung von Cartagena den Flüchtlingsstatus verleihen sollten und alle anderen Maßnahmen bestimmte Mindeststandards in Bezug auf Legalität, Zugänglichkeit und Schutz der Rechte, einschließlich des Schutzes vor Zurückweisung, erfüllen sollten.

In Kolumbien, Peru und Ecuador wurden spezifische Programme für den Aufenthalt venezolanischer Migrant*innen durchgeführt, die jedoch nicht den Anforderungen an Zugänglichkeit und Schutz ihrer Rechte entsprechen. In Kolumbien ist es auf Personen beschränkt, die vor Januar 2021 eingereist sind; in Peru schützt es weder vor Zurückweisung noch garantiert es das Recht auf Gesundheit; in Ecuador gibt es eine Begrenzung des Einreisedatums und es ist mit finanziellen Kosten verbunden, was die Zugänglichkeit stark einschränkt, während es in Chile kein Regularisierungsprogramm wie die oben genannten gibt.

"Das Gesamtbild ist enttäuschend, und die Erwartungen, die mit dem Quito-Prozess 2018 verbunden waren, sind nicht erfüllt worden, die Situation hat sich sogar noch verschlechtert", betonte González.

Die entstandene Situation der irregulären Mobilität ist erschreckend und wurde von mehreren internationalen Organisationen, wie der Interamerikanischen Kommission oder den Mechanismen der Vereinten Nationen, bereits vorhergesehen. "Es ist wie die Chronik eines vorhergesagten Todes", kommentierte González, da die gleiche Situation in anderen Regionen der Welt eingetreten ist, als die **Barrieren für die reguläre Migration wiederholt aufgehoben wurden, die irreguläre Einwanderung zunahm** und damit auch die Schleusung und der Menschenhandel. Genau das ist in den Amerikas geschehen.

Die Militarisierung der Grenzen, der privilegierte Ansatz der Absicherung sind offensichtliche Ergebnisse einer schlecht konzipierten und unzureichend umgesetzten Politik, bei der man glaubt, das Problem durch die Errichtung von Migrationsbarrieren lösen zu können, was im Widerspruch zum Globalen Pakt für Migration steht, betonte er.

Wie bereits erwähnt, ist ein geschlechtsspezifischer Ansatz besonders wichtig, da **Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ Personen unter geschlechtsspezifischer Gewalt leiden**. Piquer merkt an, dass die Forschungsergebnisse zu diesem Aspekt "sehr düster" seien, da alle diese Gruppen im Rahmen ihres Transits geschlechtsspezifische Gewalt erlitten hätten und keinerlei Schutz vorfänden. Sie litten unter komplexen Stereotypen, entweder aufgrund ihres Geschlechts, ihrer irregulären Situation im Land oder der Tatsache, dass sie Migrant*innen seien, was sie anfälliger für Gewalt mache. Darüber hinaus sind die Schutzmechanismen für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt unzureichend, vor allem, wenn es sich um venezolanische Migrantinnen in einer irregulären Situation handelt.

González hob hervor, wie wichtig es ist, dass irreguläre Migration in der Region nicht kriminalisiert wird; Menschen können abgeschoben oder inhaftiert werden, aber sie dürfen nicht gesetzlich verfolgt werden, obwohl in Ländern wie Chile versucht wird, die irreguläre Einreise unter Strafe zu stellen. Bislang konnte dies verhindert werden, und er betonte, wie wichtig es ist, dass dies nicht wieder zu einem Straftatbestand wird. Er fügte hinzu, dass er es für positiv halte, dass in der Region keine Flüchtlingslager eingerichtet worden seien, wie dies in anderen Teilen der Welt üblich sei, und dass diese Lager nur zu einer noch stärkeren Segregation und einem völligen Mangel an Integration der im Land ankommenden Menschen führten.

Piquer betonte die Bedeutung der Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang, da ihre Politik unbestreitbar Auswirkungen auf den Rest Amerikas habe. Sie bemerkte, dass die USA in Bezug auf die venezolanische Migration eine schwankende Position eingenommen haben, da sie einerseits das Programm für den vorübergehenden Schutz von Venezolaner*innen verlängern, andererseits aber **Menschen zurück nach Venezuela abschieben, auch wenn sie Asyl beantragen**.

In Bezug auf Lösungen bekräftigten Piquer und González, dass eine **internationale Zusammenarbeit notwendig sei und die Einführung regionaler multilateraler Lösungen, auch wenn sie langfristig angelegt seien, jetzt beginnen müsse**. Sie unterstrichen, dass die meisten lateinamerikanischen Länder über "einigermaßen gute" Flüchtlingsgesetze verfügen und den Flüchtlingsbegriff der Erklärung von Cartagena anerkennen, so dass es notwendig ist, die Möglichkeiten zur Anerkennung venezolanischer Personen als Geflüchtete in Anwendung ihrer eigenen Gesetzgebung zu verbessern und zu erleichtern, anstatt zahlreiche Hindernisse aufzubauen.

Schließlich betonten sie, dass Menschen, die vor der Krise geflohen sind, nicht nach Venezuela zurückgeschickt werden dürfen, da sie ein Recht auf Schutz vor Rückführung haben, unabhängig davon, welcher rechtliche Mechanismus angewandt wird. Bei der Suche nach alternativen Schutzmechanismen sollten diese den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen, d.h. sie müssen zugänglich sein, die Menschenrechte schützen und vor Abschiebung bewahren.

Darüber hinaus forderten sie die **Abschaffung der Zugangsvisa**, die die Möglichkeit, um Zuflucht zu bitten, in übertriebener Weise einschränken. "Dies ist das Grundlegendste und Unmittelbarste, was alle Länder, die venezolanische Menschen aufnehmen, tun sollten, damit wir ein Umfeld schaffen, in dem sie Schutz finden und sich in die richtige Richtung bewegen können", schloss Piquer.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2023/10/25076/recomendaciones-a-los-paises-que-reciben-personas-refugiadas-venezolanas>